

Auszüge aus dem Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen

Für einen besseren Umgang mit Tieren

Tierschutz ist für uns eine Frage der Haltung. Seit 2002 ist er im Grundgesetz verankert. Wie für den Umwelt- und Naturschutz ergreifen wir schon immer auch für die Tiere konsequent Partei. Sowohl national als auch auf europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns daher für eine Tierschutzgesetzgebung und hohe Standards ein, die Tiere wirklich schützen. Die meisten Tiere in Deutschland werden in der Landwirtschaft gehalten. Hier wollen wir, dass weniger Tiere besser gehalten werden, dass sie sich frei bewegen und ihrer natürlichen Lebensweise nachgehen können.

Wir werden die Zucht stärker auf Tiergesundheit ausrichten und die bereits verbotenen Qualzuchten von Tieren endgültig beenden. Dazu gehören zum Beispiel Puten, deren Brustfleisch so schnell wächst, dass sie sich nicht mehr auf den Beinen halten können, oder auch Hunde und Katzen, die kaum atmen können.

Tierquälerei soll entschiedener bestraft werden. Um Vollzugsdefiziten im Tierschutz zu begegnen, braucht es bessere Kontrollen. Wir wollen allen Menschen, die Tiere halten, Zugang zu den notwendigen Kenntnissen geben. Da Tiere ihre Rechte nicht selbst einklagen können, setzen wir uns für ihre bessere rechtliche und politische Interessenvertretung ein. Dafür wollen wir unter anderem das in dieser Wahlperiode bereits geschaffene Amt einer oder eines Bundestierschutzbeauftragten verbindlich verankern und ein umfassendes Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen.

Unser Ziel ist, die Dauer von Tiertransporten europaweit auf vier Stunden zu begrenzen. Transporte aus Europa heraus wollen wir verbieten und Wege der Umgehung durch neue Transitländer verhindern und dafür unsere nationalen Spielräume nutzen. Schlachtmethode und ihre Kontrollen wollen wir im Sinne des Tierschutzes verbessern. Dezentrale und mobile (Weide-)Schlachtungen vermeiden lange Transporte und stärken regionale Wirtschaftskreisläufe. Auch verbesserte Arbeitsbedingungen, die nicht auf Akkordlöhne, Stück- und Streckenprämien bei Schlachtung und Transport setzen, helfen beim Tierschutz.

Tierversuche wollen wir durch eine wissenschaftliche Reduktionsstrategie verringern und – wo immer möglich – durch innovative, tierfreie Methoden ersetzen, die wir umfassend fördern und deren strukturelle Hürden wir abbauen wollen. Dafür entwickeln wir perspektivisch einen geeigneten rechtlichen Rahmen. Das stärkt auch den modernen Forschungsstandort Deutschland. Tiere in Not müssen besser versorgt werden. Tierheime und andere Auffangstrukturen sowie Notfallnummern sind bundesweit am Limit. Wir wollen, dass sie finanziell besser unterstützt und entlastet werden. Illegaler Tierhandel und unkontrollierter Wildtierhandel schaden den Tieren und erzeugen Gesundheitsrisiken für den Menschen. Sie gehören deshalb beendet. Wildtiere gehören in die Wildnis und nicht in Zirkusse, sie sollten auch nicht über gewerbliche Onlineseiten und Wildtierbörsen angeboten werden. Kommerzielle Importe von Wildfängen und die Einfuhr von Jagdtrophäen wollen wir beenden.

Für gute Ernährung

Jede und jeder soll selbst und gut entscheiden können, was auf den Teller kommt. Aber nicht alle können sich so ernähren, wie sie gern würden. Das ist auch eine soziale Frage: Dort, wo Menschen sozial benachteiligt werden, sind ernährungsbedingte Krankheiten besonders häufig. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Wahlfreiheit bei der Ernährung verbessert wird. Ein erweitertes pflanzenbasiertes Angebot und eine verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln sollen für Verbraucher*innen mehr Auswahl und bessere Entscheidungsgrundlagen liefern. Dazu soll auch eine gerechtere Besteuerung pflanzlicher Lebensmittel beitragen.

Dafür bauen wir auf die Ernährungsstrategie der Bundesregierung „Gutes Essen für Deutschland“ auf und schaffen eine bessere Ernährungsumgebung. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung – von Kitas über Kantinen bis Pflegeeinrichtungen. (...) Wir begrüßen die Empfehlungen des Bürgerrats "Ernährung im Wandel", die wichtige Maßnahmenvorschläge enthalten, die wir aufgreifen wollen.

F. Eine zukunftsfeste Ernährung und Landwirtschaft

Für starke Landwirtinnen und Landwirte

Um die Ernährungssicherheit langfristig zu gewährleisten, braucht es krisenfeste Betriebe, die sich auf die Veränderungen einstellen können und ein verlässlicher Partner beim Schutz der natürlichen Grundlagen sind. Auf dem Weg zu einer zukunftsfesten und klimafreundlichen Landwirtschaft setzen wir auf den Einsatz, den Unternehmergeist und das Wissen der Landwirt*innen, gerade auch Frauen, Junglandwirt*innen und Neueinsteiger*innen wollen wir dabei besser unterstützen. Erste Weichen konnten wir in dieser Wahlperiode stellen, dennoch gibt es viel zu tun.

Die Landwirtschaft bekommt große finanzielle Unterstützung, insbesondere die Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie muss die finanzielle Basis für den Schutz der natürlichen Grundlagen werden. Für die anstehende Neugestaltung ab 2027 gilt für uns: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen.

Die Wettbewerbsposition von Landwirt*innen gegenüber anderen Akteuren der Wertschöpfungskette soll gestärkt werden. Deswegen führen wir das Gebot des Kaufs zu kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lebensmittelkette ein und verankern verbindliche schriftliche Verträge im Agrarorganisationen- und Lieferkettengesetz. Wir wollen eine kartellrechtliche Prüfung, um auch im oligopolen Lebensmittelhandel faire Erzeugerpreise und Wettbewerb zu sichern.

In Landwirtschaft und Fleischindustrie – gerade in der Saisonarbeit – gibt es noch viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Hier gilt es, guten Arbeits-, Gesundheits- und Sozialversicherungsschutz sicherzustellen. Die Hoheit über die von der Agrarindustrie erfassten Betriebsdaten muss bei den landwirtschaftlichen Betrieben verbleiben.

Die Wiedervernässung von Mooren ist ein wichtiger Beitrag zum Biodiversitäts- und Klimaschutz. Wir unterstützen Landwirt*innen beim Übergang auf nasse Bewirtschaftung

und werden die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Genehmigungsverfahren für den Umstieg einfacher und schneller funktionieren und landwirtschaftliche Flächen durch die Wiedervernässung an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen. Für die Tierhalter in Deutschland braucht es eine Antwort auf die veränderten Konsumgewohnheiten aus tierethischen, gesundheits-, umwelt- und klimapolitischen Gründen. Bei stetig sinkendem Fleischkonsum sind industrielle Tierhaltung und Billigexporte keine langfristig tragfähigen Konzepte.

Zukunftsfähig ist dagegen sowohl im Sinne der Unternehmen als auch der Tiere: weniger Tiere besser halten. Tiere brauchen mehr Bewegungsfreiheit. Wir haben den Umbau der Ställe für Schweine hin zu einer tiergerechteren Haltung so stark gefördert wie keine Bundesregierung zuvor. Wir setzen uns dafür ein, dass es auch in der nächsten Legislatur dafür ausreichend Mittel gibt, um die Lebensbedingungen für alle Tiere zu verbessern und die Haltung den Bedürfnissen der Tiere anzupassen.

Weidehaltung auf extensivem, artenreichen Dauergrünland hat sowohl positive Biodiversitäts- wie auch Klimaeffekte. Das wollen wir ebenso fördern wie die Wiedereinführung robuster Rassen, die mit dieser Haltungsform gut zurechtkommen. Wir haben die Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch eingeführt und ermöglichen Verbraucher*innen damit eine bewusste Kaufentscheidung. Diese Kennzeichnung werden wir bürokratiearm auch auf die anderen Tierarten und die Außer-Haus-Verpflegung ausweiten.

Auch regionale Produkte sind bei immer mehr Menschen gefragt. Deshalb wollen wir landwirtschaftliche Betriebe mit dem regionalen Lebensmittelhandwerk zusammenbringen – beispielsweise mit der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten. Zusätzlich soll eine Lebensmittelverarbeitungsstrategie erarbeitet werden, die unter anderem die externalisierten wahren Kosten wissenschaftlich betrachtet. Dem Ausverkauf landwirtschaftlichen Bodens durch sogenannte Share Deals treten wir entschieden entgegen.

Zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für die Landwirt*innen treiben wir etwa durch den Ausbau von Agri-Photovoltaik, Agri-Tourismus sowie die Stärkung von pflanzlichen Rohstoffen als Baustoffe, wie z. B. Schilf oder Hanf, voran. Den Anbau, die Verarbeitung und den Handel von Industriehanf wollen wir gesichert straffrei ermöglichen. Und wir unterstützen Betriebe sowie die ganze Wertschöpfungskette dabei, in neuen innovativen Märkten wie beispielsweise alternative und pflanzliche Proteine Fuß zu fassen. Das Kompetenzzentrum „Proteine der Zukunft“ und das Chancenprogramm Höfe werden wir entsprechend weiterführen. Wir stärken die Forschungsförderung und sorgen für effiziente und zuverlässige Zulassungsverfahren für neuartige Lebensmittel wie moderne Fermentationsverfahren und Zellkultivierung.

Eine Natur, die wir schützen

(...)

Unsere Kulturlandschaft ist Lebensraum vieler gefährdeter Arten – wir wollen Landnutzung und Naturschutz in Einklang bringen. Dort wo Artenschutz wirkt, treten bei wenigen Tierarten auch Konflikte auf. Wir schaffen die Balance zwischen pragmatischen Lösungen vor Ort wie zum Beispiel schnelleren und unkomplizierteren Abschüssen von Wölfen in problematischen

Ausnahmefällen, Koexistenzmaßnahmen wie Herdenschutz, unbürokratischen Entschädigungen und den Anforderungen des Naturschutzes. Das für die Biodiversität wichtige EU-Naturschutzrecht mit seinem Gebiets- und Artenschutz werden wir dabei erhalten und konsequent umsetzen. Geschützte Arten wie der Wolf gehören nicht ins Jagdrecht. Das ist auch ein Beitrag zur Bürokratievermeidung.